Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Mk-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 185. Sonnabend den 4. Juli 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 5. Juli,
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
die Stadtbibliothek betreffend.

Wir haben beschlossen, die bisher üblich gewesene Jahresrevision bei unserer Stadtbibliothek abzuschaffen und im Zusammenhange damit an die Stelle der bisherigen Bestimmungen über die Leihfrist (§ 7 des Regulativs) vom Tage der Bekanntmachung an die unter ⊙ nachstehenden treten zu lassen.

Leipzig, am 3. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 3095. Dr. Georgi. Q.

⊙
§ 7.

Die Leihfrist für ein Buch beträgt **vier Wochen.** Diese Frist wird von der Verwaltung stillschweigend bis auf **drei Monate** verlängert, wenn Niemand anders nach dem Buche fragt.

Nach drei Monaten muß jedes Buch **unbedingt zurückgegeben** oder die Ausleihung **unter Vorzeigung des Buches erneuert** werden.

Oeffentliche Ausschreibung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 16. Mai d. J., **die Ausschreibung der Erd-, Maurer-, Steinmetz- und Zimmer-Arbeiten zum Neubau der Andreaskirche** betreffend, sind nunmehr die Submissions-Unterlagen fertig gestellt und können gegen Erlegung von **⅄ 2** in unserer Expedition **Arndtstraße 30b** in Empfang genommen werden.

Daselbst liegen die Pläne zur Einsichtnahme aus und können, soweit der Vorrath reicht, gegen **Hinterlegung von ⅄ 30** entnommen werden, deren Rückerstattung bei Abgabe der Offerte und Rückgabe der unversehrten Pläne erfolgt.

Bewerber wollen die bezeichneten Unterlagen in unserer Expedition **von 4. d. M.** ab in Empfang nehmen und ihr Angebot bis **spätestens Sonnabend, den 11. Juli, Abends 6 Uhr,** ebenmäßig versiegelt mit der Aufschrift **„Neubau der Andreaskirche betr."** einrichten.

Leipzig, den 2. Juli 1891.

Der Kirchenvorstand zu St. Andreas.
Al. Schumann, Pfarrer,
Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die Ausführung von **Erd- und Macadamisirungsarbeiten am Schleußiger Wege** soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Erd- u. Macadamisirungsarbeiten des Schleußiger Weges"
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum **14. lfd. Mts.** Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 2. Juli 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie 3283. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die Ausführung von **Granitarbeiten** für die Fußwege des Schleußiger Weges soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Granitarbeiten für die Fußwege am Schleußiger Wege"
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 14. lfd. Mts. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 2. Juli 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ie. 3283. **Straßenbau-Deputation.**

Ausschreibung.

Am Neubau des Eckgebäudes neben der **Markthalle** sollen die **Schlosserarbeiten** vergeben werden.

Das Arbeitsverzeichniß und die Bedingungen können im Baubureau der Markthalle 1r der verlängerten Brüderstraße gegen Erlegung von 1 ℳ entnommen, bez. dort nebst den Zeichnungen eingesehen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift:
„Schlosserarbeiten — Eckgebäude — Markthalle"
bis zum 15. Juli cr. Vormittags 10 Uhr im Rathhause allhier, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 7, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 3. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leuthgen.

Wirkungen der Erneuerung des Dreibundes.

Als ein sehr günstiges Zeichen für die Erhaltung des europäischen Friedens ist die Ruhe zu betrachten, mit welcher die Erneuerung des Dreibundes von den unbetheiligten Mächten aufgenommen worden ist. Amtliche oder halbamtliche Aeußerungen liegen nicht vor. Von französischen Blättern hat sich unter andern der „Temps" geäußert, von russischen nur die „Nowoje Wremja". Der „Temps" erinnert daran, daß der Bund das Werk der Souveraine sei, welche ihn geschlossen haben, nicht der Völker, und die „Nowoje Wremja" empfiehlt ein russisch-französisches Bündniß als Antwort. Die englische Regierung hat sich im Unterhause in dem Sinne geäußert, daß sie über die Verträge, welche zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien abgeschlossen wurden, nicht unterrichtet sei und daß England völlige Handlungsfreiheit habe. Es werde im Nothfalle die erforderlichen Maßregeln zur Erhaltung des status quo im Mittelmeere erwägen, die Aufwendung englischer Streitkräfte werde aber allein von der Würdigung der Umstände abhängen.

Diese drei Kundgebungen bestätigen Das, was wir vor einigen Tagen an dieser Stelle gesagt haben. Rußland und Frankreich stellen sich auf den Boden der Thatsachen, sie sind weit entfernt davon, die Erneuerung des Dreibundes als eine gegen sie gerichtete Herausforderung aufzufassen, aber auf französischer Seite scheint man die Hoffnung gehegt zu haben, daß es möglich sein werde, Italien der Sache des Dreibundes abwendig zu machen. Der Trost des „Temps", daß der Bund ein Vertrag der Souveraine sei, verringert den Werth des Bundes nicht. Natürlich werden Bündnisse von den Souveränen geschlossen, aber der Abschluß hat nur einen Zweck, wenn die Völker damit übereinstimmen. Daß dies bei dem Dreibunde der Fall ist, wird vom „Temps" nicht bestritten, aber das Schweigen des Blattes läßt die Frage offen, mindestens waltet das Streben vor, die Sache so darzustellen, als ob der Gedanke des Dreibundes in Italien nicht volksthümlich sei. Die berufene Volksvertretung hat sich in ihrer großen Mehrzahl für die Erneuerung des Bundes erklärt, der Senat sogar einstimmig, also kann die Volksthümlichkeit des Bundes in Italien nicht bezweifelt werden.

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhange, was in diesen Tagen in Prag geschehen ist. Dort hat der Bürgermeister die französischen und slawischen Turner beim Festmahl durch ein Hoch auf die Slawen und Franzosen gefeiert; beim Festmahl auf der Sophieninsel, welches dem czechischen Schulverein galt, bildeten sich jedoch zwei Parteien, von denen die eine das Spielen der russischen Zarenhymne verlangte, während die große Mehrheit dagegen Einspruch erhob. Die beabsichtigte Verbrüderung von Slawen und Franzosen ist nur theilweise geglückt, weil die österreichischen Polen Rußland feindlich gegenüberstehen. Die Czechen haben von jeher eine ganz hervorragende Geschicklichkeit darin gezeigt, sich zwischen zwei Stühle zu setzen; sie betrachten sich als die berufenen Vertreter des Slawenthums in Oesterreich und wollen dort etwa dieselbe Rolle spielen, welche Rußland auf der Balkanhalbinsel ausübt, aber sie haben dabei außer Acht gelassen, daß die Polen eine ganz andere Auffassung von der Zukunft dieser großen Völkerfamilie haben als die Czechen. Der Panslawismus ist den Polen, wie ihr Vertreter im österreichischen Abgeordnetenhause erklärte, nicht eine Pfeife Tabak werth, und gerade diese Form der Entwickelung des Slawenthums streben die Czechen an.

Die Slawen sind keineswegs so einig, wie es auf einen flüchtigen Blick scheinen könnte; selbst die Czechen, welche aus ihrer Freundschaft für Rußland niemals ein Hehl gemacht haben, würden ihrer Russen-Freundschaft Schranken setzen, wenn es ihnen gelänge, ein von Oesterreich staatlich getrenntes Königreich Böhmen aufzurichten. Als Glieder dieses Königreichs würden sie böhmische Politik treiben, nicht panslawistische. Die Polen sind politisch weit weiser, sie haben einsehen gelernt, daß eine Erneuerung der polnischen Selbstständigkeit nicht mit Gewalt durchgesetzt werden kann, sondern nur die Folge einer allgemeinen Veränderung der politischen Verhältnisse Europas sein könnte. Das getträumte czechische Wenzelreich ist nach Lage der Sache so lächerlich, die Erfahrungen, welche Graf Taaffe mit den Czechen gemacht hat, sind so niederdrückend, daß von einer Verwirklichung der czechischen Wünsche heute nicht mehr die Rede sein kann. Rußland erkennt auch sehr wohl die Vergeblichkeit der czechischen Anstrengungen und läßt sie deshalb völlig unbeachtet. Die Franzosen denken darüber anders; sie halten es für ersprießlich, jeder Regung deutschfeindlichen Charakters auf alle Weise zu Hilfe zu kommen, sie zu fördern und zu entwickeln, soweit es in ihrer Macht steht. Deshalb die Absendung von Vertretungen der Studenten und Turner nach Prag, deshalb die Besuche französischer Abgeordneter in Italien. Daß die Ergebnisse der aufgewendeten Bemühungen weit hinter den gehegten Erwartungen zurückbleiben, ist eine Sache für sich; nicht jeder Baum fällt auf den ersten Hieb und am wenigsten ist das von alten kräftigen Bäumen zu hoffen. Solche Erwägungen mögen den Eifer der Franzosen, den sie nach verschiedenen Richtungen entfalten, um ihren Wünschen Erfüllung zu sichern, anfachen.

Die Kraft des Dreibundes kann nur gewinnen und Triumphe feiern, wenn sich die dagegen aufgewendeten Bemühungen so vergeblich erweisen wie in Italien und in Böhmen. Es kann in den maßgebenden Kreisen Frankreichs nur beschämend wirken, wenn die Vertreter Frankreichs oder doch bestimmte Parteien und Bestrebungen so wenig erreichen, wie in Italien und in Böhmen. Die Russen sind bessere Diplomaten als die Franzosen, sie haben sich wohl gehütet, in Prag als Bahnbrecher für panslawistische Zwecke aufzutreten, sie begnügen sich, ihre militairischen Vorbereitungen für den Krieg der Zukunft in der umfassendsten Weise zu treffen, das Uebrige überlassen sie der natürlichen Entwickelung.

Von allen vorliegenden Kundgebungen in Folge der Erneuerung des Dreibundes verdient die Erklärung des Unterstaatssecretairs im englischen Ministerium des Auswärtigen Fergusson die meiste Beachtung. Den Ueberlieferungen Englands entsprechend sucht er die Verpflichtungen, welche die englische Regierung dem Dreibund gegenüber übernommen hat, so sehr wie möglich abzuschwächen. Auch für die englische Regierung ist das Gebiet der auswärtigen Politik uneingeweihten Personen unnahbar. Soviel auch darüber interpellirt wird, das Parlament wird gewohnheitsmäßig mit ausweichenden Antworten abgefertigt. Die hergebrachte Formel lautet: Es ist der Regierung nichts bekannt geworden, was darauf schließen ließe, daß dies oder jenes geschehen oder nicht geschehen ist. Eine andere Form, die neugierigen Frager zufriedenzustellen, ist die Verweisung auf etwas dem Parlament bereits Bekanntes. Fergusson sagte am 2. Juli im Unterhause: „Das Einverständniß Englands mit dem Dreibund zielt gegen keine Macht, es besteht kein europäisches Einvernehmen zur Erhaltung des status quo außer dem, welches sich aus den dem Hause bekannten Verträgen ergiebt." Solche Erklärungen sind völlig werthlos für Diejenigen, welche sie geben, und auch für Die, welche darauf Hoffnungen bauen. Der Gesammtinhalt aller Antworten, welche die englische Regierung auf Anfragen über die auswärtige Politik zu geben pflegt, läßt sich dahin zusammenfassen, daß England sich von allen Verpflichtungen, in Welthändel einzugreifen, so lange fern hält, als nicht seine eigenen Interessen dabei in Frage kommen. Der Dreibund ist diejenige Einrichtung, welche England als die vortheilhafteste Rückendeckung erscheint, daher die scheinbare Sympathie für diesen Bund.

*

Leipzig, 4. Juli.

* Die Commission für die zweite Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuches hat in ihren Sitzungen vom 29. Juni bis 1. Juli den Abschnitt vom Beweise erledigt. Der letzte Abschnitt des allgemeinen Theiles über Sicherheitsleistungen fand im Allgemeinen die Billigung der Commission und es wurden nur einzelne ergänzende Vorschriften hinzugefügt. Damit war die Berathung über den allgemeinen Theil des Entwurfes mit Ausnahme des ausgesetzten Abschnittes über juristische Personen beendigt. Ein Antrag, die Vorschriften über Schenkungen aus dem Obligationenrecht in den allgemeinen Theil zu versetzen, wurde abgelehnt. Die Entscheidung über einen ferneren Antrag, allgemeine Grundsätze über das Anerkennungsrecht zu geben und diese, sowie die Vorschriften über den Vergleich in den allgemeinen Theil einzustellen, wurde bis zur Berathung der auf diese Frage sich beziehenden Vorschriften des Obligationenrechtes ausgesetzt.

* Während in früheren Jahren die Etatsanmeldungen für den preußischen Staatshaushaltsetat, soweit es sich nicht um eine Abweichung rechtfertigender Ausnahmen handelte, um diese Zeit bereits erfolgt sein mußten, ist im laufenden Jahre, so schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten", wegen Verschiebung des Anmeldetermins bis zum September eine vorläufige Uebersicht des nächstjährigen Staatsbedarfs und der zur Deckung desselben verfügbaren Mittel noch nicht zu gewinnen. Und zwar um so weniger, als der späte Abschluß der Etatsberathungen und die lange Dauer der Landtagssessionen den verschiedenen Ressorts erst jetzt die Möglichkeit gewährt, ernstlich an die Vorarbeiten der Etatsaufstellung für 1892/93 heranzugehen. Mit dem hieraus sich ergebenden Vorbehalte steht indessen schon jetzt fest, daß die Aufstellung des nächstjährigen Etats sich nicht unter der früheren reichen Fülle und dem entsprechenden Elastizität in Bezug auf die neueren Anforderungen oder die Erhöhung der laufenden Aufwendungen sich vollziehen wird. Es besteht vielmehr kein Zweifel, daß die Signatur des nächsten Etats Knappheit der Mittel und demzufolge sorgsame Zusammenhaltung aller Einnahmen und äußerste Sparsamkeit in den Ausgaben sein wird. Wenn die gleiche Regel schon für den laufenden Etat Platz greift, so ist dies in noch höherem Maße mit dem nächstjährigen der Fall, und es darf angenommen werden, daß die Einzelressorts bezüglich ihrer Anmeldungen mit entsprechenden Directiven versehen sind.

* Unter den zur wirthschaftlichen Hebung der östlichen preußischen Provinzen in Aussicht genommenen Maßregeln soll sich nach verschiedenen Mittheilungen auch die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Getreideausfuhr befinden. Damit wird diese vielerörterte Angelegenheit wieder in den Vordergrund der parlamentarischen Kämpfe treten. Der Reichstag hat sich zum letztenmal im März 1888 mit der Frage beschäftigt. Es gab sich damals eine außerordentliche Verschiedenheit der Auffassung und Anschauung über den Werth und die Wirkung des Vorschlages kund. Nicht nur die meisten politischen Parteien gingen dabei auseinander, sondern auch die betheiligten Erwerbskreise, je nach der landschaftlichen Lage und den besonderen Interessen verschiedener Gegenden. Während die betheiligten Handelskreise überwiegend die Aufhebung befürworteten, waren die Landwirthe getheilter Ansicht. Im Nordosten verlangte man dringend die Aufhebung, im Süden und Westen überwogen die Bedenken. Von den größeren Parteien waren die ganz überwiegende Mehrheit des Centrums und der Deutschfreisinnigen, sowie die Socialdemokraten Gegner der Aufhebung des Identitätsnachweises. Ueber einen diese Forderung erhebenden Antrag Aupach wurde damals mit 178 gegen 101 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen mit der Begründung, daß die Angelegenheit in ihren wirthschaftlichen Wirkungen sich noch nicht hinlänglich übersehen lasse, und mit der Aufforderung, die Regierung möge der Sache ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden.

* Von diplomatischer Seite erhält die „Weser-Zeitung" über die Erneuerung des Dreibundes folgende Mittheilung: Zwei Umstände unterscheiden das neue Bündniß von dem alten. Während das deutsch-österreichische Bündniß in Wien abgeschlossen und unterfertigt wurde, die Separatverträge zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn einerseits, sowie Italien und Deutschland andererseits aber in Rom zu Stande kamen, wurde diesmal ein einziger und einheitlicher Vertrag zwischen den drei Mächten vereinbart und als Ort der Unterzeichnung und des Austausches der Formalien Berlin gewählt. Diese äußeren Momente sind nicht ohne Bedeutung. Die Thatsache, daß Italien mit den beiden Kaisermächten nicht mehr zwei gesonderte Verträge abgeschlossen hat, beweist, daß auch die letzten Bedenken gefallen sind und die Interessengemeinschaft der drei Mächte eine vollständige ist. Dementsprechend wurde der formelle Abschluß des Vertrags nicht in Rom, sondern in Berlin vollzogen, welchem diesmal aus conventionellen Rücksichten der Vorrang vor Wien eingeräumt wurde.

* Der „Allgemeinen Zeitung" wird aus Berlin gemeldet: Das angebliche Gespräch zwischen Blowitz und dem Grafen Münster gilt für apokryph. Wahrscheinlich handelt es sich um eine mißverstandene Wiedergabe vertraulicher Aeußerungen des Botschafters an dritte Personen. Mit Zuversicht läßt sich sagen, daß Kaiser Wilhelm I. nie daran gedacht hat, sich vom Fürsten Bismarck zu trennen; richtig ist jedoch, daß General v. Caprivi bei möglichen Unglücksfällen schon damals in Sicht stand.

* Der zunehmende Lehrermangel hat den preußischen Cultusminister veranlaßt, eine neue durchgreifende Verbesserung der Gehälter der Lehrer an öffentlichen Volksschulen, ohne Rücksicht auf die künftige gesetzliche Regelung, durch Einwirkung auf die Gemeinden zu versuchen. Der „Reichs-Anzeiger" publicirt ein hierauf bezügliches Rundschreiben vom 26. Juni, dem Folgendes zu entnehmen ist:

Die Oberpräsidenten werden aufgefordert, in Conferenzen mit den Provinzialregierungen, zu denen auch Mitglieder des Provinzialraths und besonders erfahrene Landräthe zuzuziehen sind, über die Neugestaltung der Lehrerbesoldungen in Berathung zu treten. Für jeden Ort soll ein den Preis- und sonstigen Lebensverhältnissen entsprechendes Grundgehalt festgesetzt werden, welches ausreicht, die Kosten eines jungen Familienhaushalts zu bestreiten. Für die Stellen der Rectoren, Kotheilungsvorsteher, ersten Lehrer u. s. w. ist das Grundgehalt zu erhöhen. Neben dem Grundgehalt ist entweder Naturalverpflegung oder entsprechende Mietheentschädigung im Anschluß an die Servisklasse und eine Dienstalterszulage zu gewähren. Für die Anrechnung der auswärtigen Dienstzeit sind feste Normen aufzustellen. Die Conferenzen sollen in der Zeit von Mitte September bis Ende October stattfinden.

* Nach den vorläufigen Beschlüssen treffen die Minister Dr. Miquel und von Berlepsch am 7. Juli in Königsberg ein. Am folgenden Vormittage findet im Landeshause in Anwesenheit der Minister eine Sitzung des Provinzialausschusses statt, zu welcher Vertreter des Vorsteheramts der hiesigen Kaufmannschaft zugezogen werden sollen. Daran reiht sich ein Besuch der Börse, des Stantien und Becker'schen Etablissements, der Union-Gießerei, des Etablissements von Albrecht und Lewandowski, sowie verschiedener anderer Unternehmungen. Nachmittags findet im Landeshause ein größeres Diner statt. Am nächsten Tage folgt eine gemeinsame Fahrt von Vertretern der Kaufmannschaft, der Behörden und geladener Gäste nach Pillau zur Besichtigung der Arbeiten am Seecanal und des dortigen Hafens, dann eine Fahrt nach Palmnicken zur Besichtigung des Bernsteinbergwerks der Firma Stantien und Becker, darauf Rückfahrt nach Königsberg und endlich eine Fahrt nach Cranz. Am 10. Juli verlassen die Minister die Stadt.

* In Bezug auf die nachgerade langweilig werdende Redemptoristen-Angelegenheit wird der „Magdeburg. Zeitung" aus Berlin geschrieben: Der Bundesrath wird, wie wir bereits andeuten konnten, voraussichtlich am Sonnabend seine letzte Plenarsitzung vor den Ferien abhalten. Der bayerische Redemptoristen-Antrag steht nicht auf der heutigen Tagesordnung; wir können verbürgt melden, daß der Justizausschuß des Bundesrathes, welchem der Antrag zur Vorberathung überwiesen ist, bis heute noch nicht an die Berathung herangetreten ist, daß auch ein Berichterstatter für den Antrag bis heute noch nicht bestellt war. Diese Thatsachen lassen anderweite Meldungen, wonach auf Grund einer mehrstündigen Berathung des preußischen Ministeriums die Angelegenheit noch vor der Vertagung des Bundesraths erledigt werden sollte, mindestens zweifelhaft erscheinen. Nach Gerüchten, für welche wir eine Bürgschaft nicht übernehmen möchten, sollen einflußreiche Stimmen eine Verschiebung der Sache bis zum Herbst dringend anrathen. Daß die jüngste Anwesenheit des bayerischen Cultusministers in Berlin mit dieser Angelegenheit zusammenhängt, steht außer Frage. Es heißt, der Minister hätte Berlin in befriedigter Stimmung bezüglich seiner Mission verlassen. Hiernach werde man annehmen können, daß Preußen für den Antrag gewonnen und seine Annahme im Bundesrath damit gesichert ist. Es darf inzwischen als feststehend angesehen werden, daß, wenn diese Annahme zutrifft, daß Ergebniß nicht ohne große Bemühungen herbeigeführt war. Vielleicht werden Verhandlungen im nächsten Reichstage darüber Aufklärung verschaffen.

* * *

* Mit dem 1. Juli war die Frist abgelaufen, bis zu welcher die einzelnen Staaten ihren Beitritt zur Generalacte der Brüsseler Antisclavereiconferenz erklärt haben sollen. Wie aus Brüssel gemeldet wird, glaubt man dort an der Centralstelle der Congoregierung, der Termin werde noch hinausgerückt werden. Die neue Frist soll zu dem Versuche benutzt werden, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche der Zustimmung Frankreichs und Portugals zur Acte noch entgegenstehen, sowie um die Einigung der anderen Mächte bezüglich der Bestimmungen der Acte über die Einfuhr von Waffen und Alkohol zu erzielen, da mit den diesbezüglich von einzelnen Staaten gemachten Vorbehalten die Ausführung der Acte praktisch unmöglich erscheint. Die Berufung einer neuen Conferenz nach Brüssel ist wegen der Umständlichkeit des Apparates nicht wahrscheinlich.

* Die kurz telegraphisch gemeldeten Erklärungen Fergusson's im englischen Unterhause besagen, daß er keine Informationen über die Stipulationen der angeblich zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien unterzeichneten Verträge habe. Der italienische Ministerpräsident di Rudini solle seine Uebereinstimmung mit der von der englischen Regierung gegebenen Beschreibung des zwischen England und Italien von Zeit zu Zeit stattgehabten Meinungsaustausches ausgedrückt haben. Ohne Zweifel habe Rudini diesen Meinungsaustausch correct beschrieben, der Wortlaut der Rede Rudini's liege ihm noch nicht vor, aber, wie er (Fergusson) wiederholt erklärt habe, würden im Nothfalle die zur Erhaltung des status quo im Mittelländischen Meere erforderlichen Maßregeln gemäß der eventuellen Umstände des Falles Gegenstand besonderer Erwägung sein müssen, und jedwede Aufwendung englischer Streitkräfte werde, wie bisher, von einer Würdigung der Umstände seitens der britischen Regierung abhängen. Ein Meinungsaustausch habe gelegentlich stattgefunden, aber durchaus keine Veränderung der Haltung der britischen Regierung gegenüber der jüngsten, die der Unterstaatssecretair in seiner Antwort an Labouchère im Jahre 1888 definirt habe. Er wiederholte, das vorhandene Einverständniß ziele gegen keine Macht ab, er wisse von keinem allgemeinen europäischen Concert zur Erhaltung des status quo, außer dem, daß aus den dem Hause bekannten Verträgen abgeleitet werden könne. — Auf eine weitere Anfrage erklärte Fergusson, er könne gegenwärtig nicht sagen, welches Verfahren die englische Regierung oder andere Regierungen im Falle einer Verschiebung der Unterzeichnung der Antisclaverei-Acte einschlagen werde. Großbritannien habe die Acte ratificirt.

* Aus Paris wird vom 1. Juli gemeldet: Nach dem „Figaro" flößt das Befinden des Herrn v. Lesseps seiner Familie ernstliche Besorgniß ein. Der Greis, dessen Kräfte schon seit einiger Zeit in sichtlicher Abnahme begriffen waren, konnte es nicht fassen, daß gegen die Verwaltungsräthe der Panama-Gesellschaft eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet ist und daß er selbst vor dem Untersuchungsrichter Prinet erscheinen mußte. Die Rücksicht, mit welcher dieser den Erbauer des Suez-Canals in seiner Privatwohnung empfing, indem er selbst ein Unwohlsein vorschützte, vermag Lesseps nicht über die Thatsache hinwegzubringen, daß das gerichtliche Verfahren sehr ernst genommen wird. Die Seinigen suchen ihm vergeblich einzureden, es handle sich nur darum, der Verjährung vorzubeugen.

* Der unter dem Vorsitz des Regenten Ristitsch abgehaltene serbische Ministerrath hat über das Ferienprogramm des Königs, welcher die Prüfungen beendete, berathen und die Einzelheiten der beabsichtigten Reise des Königs nach Rußland festgestellt. Das Gefolge soll aus 10 Personen bestehen, und die Rückreise über Wien, woselbst eine Begegnung des Königs mit seinem Vater, König Milan, in Aussicht